

Stadt statt Staat?

Wenn's doch so einfach wäre! Aber angesichts der im und auf dem Land dominierenden Rechten lohnt es sich schon, über fortschrittliche Elemente des urbanen Lebens etwas mehr nachzudenken.

Hans Steiger

Ausgangspunkt könnte das letzte Abstimmungs- und Wahlwochenende in der Schweiz sein. Mitten im Trübsinn rotgrüne Inseln. Drei aktuelle Zeit-Schriften, in denen Städte als Ankunfts- und Zukunftsorte betrachtet werden, könnten ermutigen. Sie zeigen einerseits, wie spannend und vielversprechend, aber auch wie kompliziert politische Dynamiken in urbanen Räumen sind.

Alternativen schon mal leben

Das erste dieser Periodika, der ›Futur-zwei-Zukunftsalmanach 2017/18‹, ist ein veritables Buch. Rund fünfhundert Seiten mit fast sechzig «Geschichten vom guten Umgang mit der Welt». Präsentiert werden im besten Sinne nachhaltige Projekte, auch solche vom mehr oder minder flachen Land, das der pestizidfreien Gemeinde Mals zum Beispiel. Zürich, die 2000-Watt-Stadt, welche «ihren im weltweiten Vergleich ungeheuren Wohlstand» immerhin auch in dieser Richtung nutzt, taucht im Register sechsfach auf. Staunend begegnete ich auf Seite 228 dem «Lamm», einem Online-Magazin, das seit 2009 mit auf der Wiese grast, die ich eigentlich zu kennen glaubte. Schwerpunkte: «Nachhaltigkeit, bewusster Konsum, Umwelt- und Gesellschaftspolitik.» Selbst vergleichsweise winzige Welten sind weit.

Das zuvor auch auf der Website der Stiftung auf Deutschland, die Schweiz und Österreich beschränkte Futur-zwei-Spektrum wurde nun in Kooperation mit dem international tätigen Goethe-Institut sogar ausgeweitet. Doch im Zentrum der dritten Ausgabe des Almanachs steht die Stadt. Schliesslich wurde schon um 2007 herum der statistische Punkt erreicht, wo die halbe Menschheit in urbanen Räumen aller Arten lebt, freiwillig oder erzwungen. 2050 sollen es Prognosen zufolge 70 Prozent von dann 10 Milliarden Menschen sein. Saskia Hebert, Mitherausgeberin des Bandes und als Architektin früh mit Stadtforschung befasst, leuchtet in einem packenden, hoffnungsvollen Essay historische und mögliche Entwicklungen aus. Durch negative Schlaglichter werde oft verdeckt, wie gerade

in dicht bevölkerten Metropolen «ganz friedfertig nach- und nebeneinander» Spielräume genutzt wurden und werden. Städte agieren zwar «nicht unabhängig von Staaten, Gesetzen oder kulturellen Bedingungen», können aber zuweilen «erstaunlich radikale Entscheidungen treffen». So soll zum Beispiel in Oslo die Innenstadt für Autos gesperrt, im belgischen Hasselt darüber hinaus gleich noch der öffentliche Nahverkehr kostenlos werden. Für sonst kaum mehrheitsfähige Gedanken finden sich lokal oft erstaunliche Allianzen. «Das innovative Potenzial der Städte erscheint als kleines Licht am Ende eines langen Tunnels, in dem es eigentlich ziemlich düster aussieht.»

Ähnlich ist die Lagebeurteilung von Harald Welzer, in den Szenarien, die beim Verharren im nicht bloss naturzerstörenden, sondern auch sonst aussichtslosen Wachstumsmodell drohen, allerdings härter. Seine einleitende Skizze «ökosozialer Zukunftspolitik» geht von global verstandener Gerechtigkeit als quasi erstem Gebot aus, dicht gefolgt von Freiheit. Diese sei «der Ausgangspunkt für jedes Engagement». Zwar seien «all die grossen und kleinen alternativen Wirtschafts- und Lebensformen» auf «funktionierende Staatlichkeit» angewiesen, die «den zivilisatorischen Standard» sichert. Aber kein Politbüro und keine autokratische Herrschaft soll den Pfad vorgeben, den die Gesellschaft zu gehen hat. Ebenso wenig darf dem derzeit global neoliberal geprägten Wirtschaftssystem die Regie überlassen werden. «Kapitalismus funktioniert ohne Demokratie, und besonders prächtig, wenn sich keine Zivilgesellschaft entwickelt.» Von ihr müssen die entscheidenden Impulse ausgehen. «Das Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit ist die stärkste Produktivkraft der Geschichte der Menschheit.» Kinder hätten übrigens für Ungerechtigkeiten zu allen Zeiten «ein sehr feines Gespür, auch für solche, die sie gar nicht selbst betreffen.» Die verschärfte Migrationsdynamik macht da mehr sichtbar. «Die haben ja nichts!», war eine Feststel-

lung von vielen, die Kleidung oder Kinder spielzeug zu Notunterkünften brachten. Die andere: «Wir haben ja viel zu viel!» Solches sei «ohne oberflächlichen Multikulti-Romantizismus» als wichtige Erfahrung zu begrüssen.

Ankunftsorte in/aus aller Welt

Von den widersprüchlichen Wirkungen der sogenannten Flüchtlingskrise geht auch das Editorial des ›Argument‹-Hefts aus, in dem «Migration und städtisches Leben» als eng verknüpfte Felder beleuchtet werden. Mit ihrem «Wir schaffen das» habe die deutsche Bundeskanzlerin im vorletzten Sommer zwar nur dem «Unaufhaltsamen» ihren Stempel aufgedrückt, stellt Wolfgang Fritz Haug fest, aber das «Willkommen» hatte weitreichende «gesellschaftlich-politische» Bedeutung. «Es war dies eine jener Situationen, in denen elementare Menschlichkeit mit schierer Opportunität sich trifft.» Die nüch-

ternen Analysen der dialektischen Prozesse, welche danach nicht nur Deutschland prägten, annullieren den Wert des Moments der Solidarität nicht. Diese war nie bedingungslos, und doch steht jede Solidarisierung mit Fremden im Widerspruch zur neoliberalen Entsolidarisierung der vergangenen Jahrzehnte. Dementsprechend war die Reaktion von ganz rechts. «Der konservative Scheiterhaufen für Angela Merkel ist bereit.»

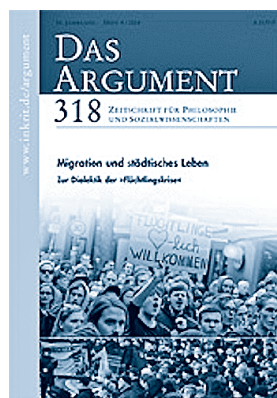
Betrachtet werden Lagen in verschiedenen Ländern, unter anderem «Lebensstrategien von Migrationsfamilien in der Schweiz». Basis ist da ein internationales Forschungsprojekt, an dem Thomas Geisen beteiligt war. Es ging um «marginalisierte Stadtviertel». Konkret ist – anonymisiert – Basel im Blick. Beiläufig wird Zürich bescheinigt, sein Integrationskonzept messe nicht nur der Sprachförderung und der Unterstützung bei Arbeit und Bildung einen hohen Stellenwert bei, sondern auch bezahlbarem Wohnen. Zürich wie Basel verfolgten, so eine Fussnote, «traditionell eine auf sozialen Ausgleich und Unterstützung bedachte Politik.» Die untersuchten Fäl-

Drei aktuelle Zeit-Schriften, in denen Städte als Ankunfts- und Zukunftsorte betrachtet werden.

le relativ früher Zuzüge aus Italien weisen vorab auf die zentrale Bedeutung des innerfamiliären Zusammenhalts hin. Mit der Zeit liessen sich im Quartier weitere Ressourcen mobilisieren. Kinder schafften dank Bildungsmöglichkeiten und dem von den Eltern geforderten Durchhaltewillen einen gesellschaftlichen Aufstieg.

Sehr anschaulich ist ein Bericht aus London, der das «multikulturelle Zusammenleben in den Ruinen des Rassismus» schildert, «theoretisch wie empirisch». Neuankommende erlebten die Stadt als «zerrissen», spürten viele Ressentiments. Doch junge Menschen verfügten oft über erstaunliche Fähigkeiten, die «komplexe kulturelle Landschaft zu hören, zu lesen und sich von ihr überraschen zu lassen», wie eine genauere Betrachtung ihres Alltags zeigte. In den Widersprüchlichkeiten eines Lebens voller Begrenzungen sei der «Sinn für die Offenheit der Zukunft» wohl entscheidend, dass die Fremden in der Stadt einen eigenen Weg, «ein Zuhause» finden.

Häufig finden sich Bezüge zu Henri Lefebvre und zu seiner Streitschrift über «Das Recht auf Stadt», die im französischen Original bereits 1968 erschien, deutsch erst in diesem Frühjahr. Er habe damals mit seinem «Stadtoptimismus» utopisch gewirkt, schreibt Ruth May. Vorab vom Land zugewanderte Jugendliche nahmen seinen Aufruf zur Eroberung des urbanen Terrains als Emanzipationsversprechen. Später tauchte der Anspruch auf Stadt bei Hausbesetzungen, beim Kampf um öffentliche Räume, gegen die Privatisierung von kommunalen Gütern auf. Nun bekommt er in Flüchtlingsdebatten eine neue Aktualität und Dimension, das Recht auf Stadt «für alle» wird reklamiert. Aber bei freier Wahl ergeben sich wieder andere Probleme. Rheinsberg in Brandenburg etwa hatte auf linke Initiative relativ frühzeitig ein Integrationskonzept entwickelt. «Bei uns ist das Boot leer.» Seit vielen Jahren war über die Schliessung von Schulen und Kitas diskutiert worden. Nun ist dies dort kein Thema mehr. 400 Einwohner mehr! 20 neue Kita-Plätze wurden beantragt. Eine für alle gute Lösung mit Zukunft? Einige der Neubrandenburger zieht es wohl eher nach Berlin, von wo ein Bericht über «das umkämpfte Terrain der Einwandererstadt» folgt. Hier habe «der hohe Zuzug von Geflüchteten» aber «keinen sprunghaften, sondern nur einen graduellen Anstieg der Zuwanderung» bewirkt. Ohnehin seien derartige Grenzziehungen problematisch, meint Stephan Lanz. «Unserer Meinung nach sollte es einfach keinen Unterschied machen, was in deiner Geburtsurkunde steht und ob du schon dein ganzes Leben lang, fünf Jahre oder 8 Monate hier lebst: Während wir hier sind, sind wir alle Berliner und sollten die Chance bekommen, uns engagieren zu können!» Zitat aus einer 2013 gegründeten Online-Plattform, die seitdem über 700 Freiwillige aus 50 Ländern in 60 soziale Projekte vermittelt haben soll.



Urban links im Kapitalismus?

Abschliessend zurück in die Schweiz, zum eben ausgelieferten «Widerspruch», der bestens ins Umfeld passt. Thema: «Konzerne – Stadt – Demokratie». Auch hier ist «Das Recht auf Stadt» von Lefebvre präsent. Dies dank einer informativen Rezension im Anhang sowie mehreren Beiträgen, die Beispiele für entsprechende Kämpfe in verschiedenen Weltecken und Gesellschaftsbereichen beschreiben und Lokales mit Globalem verknüpfen. Uns am nächsten: Basel, Bern, Zug, Zürich. «Big Pharma» spielt im ersten Fall die Hauptrolle, in Zug sind es Giganten des Rohstoffhandels. Die dortigen Auseinandersetzungen schildert Hanspeter Uster aus eigener Anschauung und gut dokumentiert. Sichtbar wird auch der «unterschiedliche Fokus der SP und der Alternativen»; die etablierte Linkspartei übte kaum Grundsatzkritik am Ausbeutungsgeschäft der steuergünstig domizilierten Unternehmen. Ähnliches führt Niklaus Scherr in seinem Erfahrungsbericht über die «Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Immobilienlobby und Politik» für Zürich vor. Von sozialdemokratischer Seite kommt dort Edi Frech gut weg, weil er Ende der 1970er-Jahre mit Wohnanteilplänen zumindest Kompromisse erreichte. Später habe die «kämpferische» Ursula Koch «starke Akzente für den Wohnschutz setzen» und «das Primat der Politik» markieren wollen. Mit ihrer «zynischen Wegbeförderung» ins SP-Schweiz-Präsidium und dem ins Hochbauamt gesetzten Nachfolger habe sich das verkehrt: «Die Bauherrschaften formulierten ihre Bedürfnisse, Ledergerber und Martelli – freisinnige Partnerin einer neuen Lokalkoalition – «sind zu Diensten und bringen höchstens ein paar äusserliche Gestaltungswünsche an.» Seither weise die Zürcher Stadtplanung «eine markante Absenz sozialer Zielsetzungen» auf; die profitorientierte Planung der SBB etwa stiess kaum auf Gegenwehr. Dabei hätte planerischer Mehrwert abgeschöpft werden können, die Verdrängung von wirtschaftlich Schwächeren wäre durch Mindestanteile von preisgünstigen Wohnungen zu bremsen gewesen. Nun seien entspre-

chende Konflikte beim Prozess der Verdichtung absehbar. Auch der Kampf um Grün in der Stadt verschärft sich. Nein, eine rotgrüne Idylle liefert diese Analyse nicht.

Dringend für Linke in Stadt und Land ist die Lektüre der Diskussionsbeiträge von Klaus Dörre und Mario Candeias. Zwar stehen deutsche Zustände im Vordergrund, doch die Lage wird gesamteuropäisch betrachtet. Candeias, bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Kapitalismuskritik und Gesellschaftsanalyse zuständig, analysiert Schwächen der ganzen linken Bewegung und speziell die «Erneuerungs(un)fähigkeit der Sozialdemokratie». Und bei Dörre, der als Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie in Jena «die national-soziale Gefahr» an den heikelsten Stellen kennt, dürften leider alle sechs Thesen über weitere Gewinne der Neuen Rechten bei verschärften Verteilungskonflikten treffend sein. Wer am Wochenende bei der SP Schweiz für eine härtere Gang-

Nur eine Zusammenarbeit der traditionellen Linken mit weiteren Kräften des Wandels eröffnet Chancen.

art votierte, wird hier inhaltlich bestätigt, aber zugleich ernüchtert, was die Einschätzung bezüglich Stellenwert und Gewinnchancen von Parteien betrifft. Konsequenter mündet die Reflexion im hinteren Hefte in den Aufruf zur Teilnahme am Kongress, den das gewerkschaftsnahe «Denknetz» im Februar in Kooperation mit dem Seminar für Soziologie an der Uni Basel durchführt. Nur eine Zusammenarbeit der traditionellen Linken mit Basisbewegungen, Wissenschaft und weiteren Kräften des Wandels eröffnet Chancen zur «Rückeroberung der Demokratie».

Futurzwei Zukunftsalmanach 2017/18. Schwerpunkt Stadt. Hrsg. von Dana Giesecke, Saskia Hebert und Harald Welzer. Fischer, Frankfurt 2016, 496 Seiten, 17,50 Euro. www.futurzwei.org

Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Heft 318: Migration und städtisches Leben. Hamburg 2016, 175 Seiten, 13 Euro. Jahresabo für sechs Hefte: 60 Euro. Heft 319, das in diesen Tagen erscheint, hat u.a. die «Kritik westlicher Islamdiskurse» im Zentrum.

Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik. Heft 68: Konzerne, Stadt, Demokratie. Rotpunktverlag, Zürich 2016, 224 Seiten, 25 Franken. www.widerspruch.ch, www.reclaim-democracy.org.